



Niederschrift 58. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.03.2009
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Geywitz, Klara	SPD	anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 1)
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend ab 18:10 Uhr (TOP 5)
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Harder, Dirk		
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Herr Liebe, Thomas		
Herr Wernick-Otto, Frank	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert	Jugendamtsleiter	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt
Frau Basekow, Angela		entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten		entschuldigt
Frau Parthum, Ute		entschuldigt
Herr Wendt, Jan	Die Andere	nicht anwesend
Frau Scheuerer, Sabina	Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt

Gäste:

Herr Müller-Zinsius, Horst	GF Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Frau Rabbe, Sigrun	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Frau Lübbe, Katrin	Verein „Pfad für Kinder“
Frau Händel, Gudrun	Verein „Pfad für Kinder“
Frau Matthesius-Handorf, Wiebke	AKKJ
Herr Schmolke, Rüdiger	Chill out e.V.
Frau Spyra, Martina	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.01.2009

- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG's nach § 78 SGB VIII
- 4 Informationen zum Schulneubau Pappelallee
- Wiedervorlage vom 26.02.2009 -
- 5 Vorstellung des Verein "Pfad für Kinder" - Ortsverein Potsdam und Umgebung e.V.
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0127
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 7 Anträge
- 7.1 Pauschale Zuwendung - Kinderschutzarbeit STIBB e.V.
Vorlage: 09/SVV/0257
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 7.2 Förderung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen"
Vorlage: 09/SVV/0258
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 7.3 Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0256
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.01.2009

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 26.02.2009

Frau Schulze weist darauf hin, dass das von Frau Matthesius-Handorf zugesagte Ergebnisprotokoll des AKKJ nicht weitergeleitet wurden.

Sie bittet darum, dass dies nachgereicht werden, sobald sie der Verwaltung vorliegen.

Abstimmung zum Protokoll:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Herr Schweers informiert, dass die Gestaltung des Ferienpasses im Rahmen einer „Freihändigen Vergabe“ an die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH und die Medienwerkstatt in Kooperation vergeben wurde.

Frau Dr. Müller informiert, dass Frau Parthum ihr ein Positionspapier zum Stellenwert der Medienbildung und Medienpädagogik mit der Bitte zugesandt hat, dass dieses Papier in den relevanten Ausschüssen der Stadt Potsdam thematisiert wird.

Frau Dr. Müller hat diese Bitte an den Bildungsausschuss weitergeleitet und schlägt vor, dies auch an den neuen Jugendhilfeausschuss weiter zu geben. Sie fragt, ob es Einverständnis zu diesem Verfahrensvorschlag gibt.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Wernick-Otto bittet um Informationen bezüglich der laut Presseinformation neu zu schaffenden 500 Kita Plätze, zu „Freiland“ und zur Situation der AWO, die auch durch die Presse bekannt gegeben wurde.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass sich der Jugendhilfeausschuss nicht zu Pressemeldungen verständigen sollte, ohne Hintergrundinformationen zu haben.

Herr Schweers informiert, dass in den nächsten zwei Monaten eine aktualisierte Kita-Bedarfplanung vorgelegt wird. Er weist darauf hin, dass einige der zu schaffenden 500 Plätze bereits durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen wurden, wie z.B. die Betriebskitas und die Einrichtung in der David-Gilly-Straße. Zum Projekt „Freiland“ liegen erste Planungsansätze vor, die derzeit diskutiert werden. Zum Mai 2009 soll den Stadtverordneten ein Konzept zur Jugend- und Soziokultur vorgelegt werden.

Herr Liebe spricht die Vergabe er Kita David-Gilly-Straße an und bittet, dies zu thematisieren.

Frau Dr. Müller bittet, dies im Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu behandeln, da Frau E. Müller bei der Diskussion anwesend sein möchte. Frau E. Müller kann aufgrund eines anderen Termins erst später am Jugendhilfeausschuss teilnehmen.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

AKKJ

Frau Matthesius-Handorf informiert, dass sich der AKKJ mit den Leistungsvereinbarungen befasst hat. Das nächste reguläre Treffen des AKKJ findet im Mai 2009 statt.

Herr Schmolke informiert, dass sich die AG Sucht intensiv mit Konzepten der Suchtprävention, vor allem auch mit dem Thema Alkoholprävention, befasst hat. Er weist darauf hin, dass eine Aufgabe die Bedarfsfeststellung ist. Bisher ist bezüglich der aufsuchenden Sozialarbeit die Verwaltung nicht auf die AG zugegangen.

Herr Schweers nimmt dies mit.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss in der letzten Sitzung den Wirtschaftplan des Kommunalen Immobilien Service und die Beschlussvorlage der Verwaltung zu Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG beraten hat. Der Unterausschuss empfiehlt, die Beschlussvorlage zu den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG in den Unterausschuss zurückzuweisen, um diese nochmals zu diskutieren.

Die Befassung mit dem Schreiben der Kita „Baumschule“ hat sich erledigt, da dem Kita-Ausschuss bereits eine Lösung des angesprochenen Sanierungsproblems mitgeteilt werden konnte. (Schreiben der Verwaltung des Jugendamtes und der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses)

zu 4 Informationen zum Schulneubau Pappelallee

Herr Müller-Zinsius weist darauf hin, dass sich die Arbeitsgruppe zum Realisierungswettbewerb aus jeweils drei Vertretern des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen, des Ausschusses für Bildung und Sport und des Jugendhilfeausschusses sowie Mitarbeitern der zuständigen Bereiche der Stadtverwaltung und des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe hat sich im September 2008 konstituiert und seit dem viermal getagt. Am 20.01.2009 wurde der Bauantrag eingereicht.

Herr Müller-Zinsius gibt einen Sachstandsbericht und zeigt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Raumplanungen und das Freianlagenkonzept. Anschließend gibt er einen Überblick über den bereits vorhandenen und erhaltenswerten Baumbestand.

Er weist auf die Lärmschutzmaßnahmen, wie z.B. die 2,30 m hohe Lärmschutzwand hin und informiert, dass die Raumorganisation so erfolgt ist, dass sich die Klassenräume auf der der Pappelallee abgewandten Seite des Gebäudes befinden.

Anschließend stellt er die drei Bausteine des Schulentwicklungskonzeptes vor und verweist auf das Energiekonzept, für das folgende drei Varianten geprüft werden:

Fernwärme, Erdwärme und Solarkollektoren.

Hier erfolgt eine Wirtschaftlichkeitsprüfung in Bezug auf Wartung und Unterhaltung (Lebenszyklusbetrachtung).

Herr Wernick-Otto fragt, ob es noch Knackpunkte gibt, zu denen der Jugendhilfeausschuss aktiv werden kann.

Herr Schweers macht deutlich, dass der gesamte Prozess sehr gut durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld moderiert und voran gebracht wird. Es gibt keine Probleme zum jetzigen Zeitpunkt.

Frau Geywitz fragt, welche die Standards für die Barrierefreiheit waren und ob die

Richtwerte für Ganztagsprogramm angelegt wurden.

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass bis heute das pädagogische Konzept nicht bekannt ist, Ganztagschule aber auch möglich wäre. Er betont, dass Mobilitätseinschränkungen im vollen Umfang Rechnung getragen ist.

Herr Schweers ergänzt, dass Ganztagschule zwar aktuell am Standort nicht vorgesehen ist, aber mit Blick auf die Bildungspolitik im Land Brandenburg in der neuen Schule problemlos ermöglicht werden kann.

Frau Geywitz fragt nach der Schalldichte der Räume und ob hier auch an Menschen mit Hörgeräten und Sehbehinderte gedacht wurde.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass bezüglich der Hör- und Sehbehinderten die Ausrichtungen in den nächsten Schritten Berücksichtigung finden werden.

Herr Liebe fragt, ob der Entwicklungsträger auch die immensen Kosten der Brandmeldeanlagen im Blick hat. Er fragt, wie hoch der Zaun um das Sportgelände ist. Wie hoch sind die Solarkollektoren angebracht und wie werden diese versichert.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass die Sonnenkollektoren auf dem Dach der Turnhalle angebracht sind, also 7 Meter hoch. Die Kollektorflächen weisen enorm hohe Schlagfähigkeit auf. Zur Freizeitsportnutzung werden die üblichen Sicherungs- und Einzäunungsmaßnahmen ergriffen. Hier bedarf es auch einer internen Organisation im Rahmen des Schulbetriebes. Zur Brandmeldeanlage wird versucht, mit der Bauaufsicht und der Feuerwehr zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Frau Schulze fragt nach der Anzahl der Hort-Plätze und erkundigt sich nach dem Stand des eingereichten Bauantrages.

Frau Rabbe erklärt, dass insgesamt 325 Hortplätze entstehen sollen. 240 Plätze sind bisher finanziell abgesichert. Die Finanzierung für 120 Plätze ist noch offen.

Herr Schweers ergänzt, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld die Hortplätze „entwicklungsbedingt“ finanzieren muss, wenn die Kinder im Entwicklungsgebiet leben.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass zugesagt wurde, dass Ende April 2009 mit einer Baugenehmigung zu rechnen ist.

Herr Liebe weist darauf hin, dass 1996 durch den Entwicklungsträger Bornstedter Feld zugesagt wurde, dass im Bornstedter Feld zwei Jugendklubs entstehen sollen. Bisher ist diesbezüglich nichts geschehen. Der einzige Jugendklub für diesen Bereich befindet sich in der Ribbeckstraße und reicht bei Weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass bisher kein Jugendklub in der konkreten Planung ist. Wenn sich der Bedarf nachweisend feststellen lässt, muss reagiert werden.

Herr Liebe weist darauf hin, dass die Kinder, die heute im Bornstedter Feld leben, in ca. drei Jahren einen entsprechenden Bedarf haben. Dies sollte im Blick behalten werden.

zu 5 Vorstellung des Verein "Pfad für Kinder" - Ortsverein Potsdam und Umgebung e.V.

Frau Lübbe und Frau Händel (Pflegermütter) stellen sich dem Jugendhilfeausschuss vor und machen dabei deutlich, dass der Zusammenschluss des Pflegekinderdienstes Potsdam mit Potsdam-Mittelmark etwas Unsicherheit für die Pflegeeltern mit sich bringt. Sie betonen, dass durch das Jugendamt regelmäßig über alle Veränderungen informiert wird und die Pflegeeltern einbezogen sind. Sie weisen auch darauf hin, dass es nach wie vor an Pflegeeltern fehlt. Hier wird um Unterstützung gebeten, um dieses Thema präsenter zu machen.

Herr Schweers informiert, dass analog wie bei der Adoptionsvermittlung ein Zusammenschluss mit Potsdam-Mittelmark geplant ist. Dieses ist bei der Adoptionsvermittlung sehr gut gelungen. Dadurch ist eine größere Flexibilität gegeben.

Herr Wernick-Otto fragt, wie viele Pflegeeltern es in Potsdam gibt und wie viele davon in dem Verein organisiert sind.

Frau Eisermann (Jugendamt) erklärt, dass es zur Zeit 73 Pflegeeltern in Potsdam gibt, von denen etwa die Hälfte im Verein organisiert ist.

Frau Dr. Müller schlägt dem Verein vor, sich auf Stadtteilstellen zu präsentieren und weist darauf hin, dass es am Schlaatz die Stadtteilzeitung „Taufzone“ gibt und auch für die Wohngebiete Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld eine Stadtteilzeitung herausgegeben wird, an die man sich wenden könne.

Sie bittet die Ausschussmitglieder, wenn sie Ideen diesbezüglich haben, diese an Frau Spyra weiterzuleiten.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 6.1 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0127**

Frau Dr. Müller weist zu Beginn der Diskussion auf den Änderungsantrag des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung hin und schlägt vor, sich diesem anzuschließen:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer **Julisitzung 2009 ein Strukturkonzept** für einen Nachhaltigkeitsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, der sich an den Nachhaltigkeitskriterien des Bundesamts für Statistik richtet.“*

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Schulze spricht sich für den Änderungsvorschlag des KOUL-Ausschusses aus. Sie verweist auf die vielen bereits erstellten Berichte, die auch den Stadtverordneten vorliegen.

Sie empfiehlt, den Änderungsantrag auch im Jugendhilfeausschuss als Abstimmungsgrundlage zu nehmen.

Frau Eiserbeck fragt den Antragsteller, was der Jugendhilfeausschuss heute diesbezüglich konkret beschließen soll.

Herr Menzel kann keine Indikatoren benennen, die aus seiner Sicht für den Jugendhilfeausschuss wichtig wären.

Er verweist auf die bereits erarbeiteten Berichte verschiedener anderen Städte.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass es bereits viele statistische Jahresberichte gibt.

Der Demografiebericht beinhaltet bereits Maßnahmevorschläge und ist eine hervorragende Handlungsgrundlage. Auch der Klimaschutzbericht mit den entsprechenden Zielen lässt die Handlungsmaßnahmen ableiten.

Sie macht auch deutlich, dass eine derartige zusätzliche Arbeit durch die Verwaltung nicht leistbar ist.

Sie bittet den Antragsteller um konkrete Aussagen, was hier erwartet wird.

Es muss mit den Ressourcen, die die Verwaltung hat, auch sorgsam umgegangen werden. Sie kann keinen Nutzen eines zusammenfassenden Berichtes gegenüber den bereits vorliegenden ausführlichen Berichten sehen.

Frau Drohla informiert, dass der Bildungsausschuss den Antrag zurückgestellt hat, mit der Bitte um konkrete Formulierung, was erwartet wird.

Herr Dr. Henrich betont, dass sich der Jugendhilfeausschuss um die Indikatoren kümmern soll, die für den Jugendbereich zutreffen.

Frau Geywitz sieht für den Jugendbereich keinen weiteren Berichtsbedarf.

Sie stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Abstimmung zum vorliegenden Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 2

Der Geschäftsordnungsantrag ist angenommen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Septembersitzung 2009 einen Nachhaltigkeitsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, der sich an den Nachhaltigkeitskriterien des Bundesamts für Statistik richtet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 8

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7 Anträge

**zu 7.1 Pauschale Zuwendung - Kinderschutzarbeit STIBB e.V.
Vorlage: 09/SVV/0257**

Herr Liebe spricht sich für die Arbeit des Trägers aus und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Dem STIBB e.V. wird unter Haushaltsvorbehalt für die Kinderschutzarbeit eine pauschale Zuwendung für das Kalenderjahr 2009 in Höhe von 25.000,00 EUR gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 7.2 Förderung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen"
Vorlage: 09/SVV/0258**

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam gewährt dem Autonomen Frauenzentrum e.V. Potsdam unter Haushaltsvorbehalt für die Durchführung des Projektes „Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen“ im Zeitraum vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 eine Zuwendung für eine Personalstelle mit einem Arbeitsvolumen von 20 Stunden pro Woche und einer Vergütung, in Anlehnung an das geltende Tarifrecht, Entgeltgruppe 9 TVöD.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 7.3 Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0256**

Herr Liebe informiert, dass aus der Trägerlandschaft der Wunsch geäußert wurde, die RAK's weiter als Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG gelten zu lassen. Er beantragt, aufgrund des bestehenden Diskussionsbedarfs die Drucksache zurückzustellen.

Herr Schweers erklärt, dass die Verwaltung die Drucksache zurückstellt.

zu 8 Sonstiges

Kita David-Gilly-Straße

Frau E. Müller informiert, dass die LSB Sportservice gGmbH am 06.03.2009 beim Verwaltungsgericht Potsdam einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung bezüglich der Auswahlentscheidung zur Vergabe der Trägerschaft für den Betrieb der Kita David-Gilly-Straße gestellt hat.

Das Verwaltungsgericht hat daraufhin mit Beschluss vom 11.03.2009 der LHP bis zum Abschluss des Eilverfahrens untersagt, einen Vertrag zur Übertragung der David-Gilly-Straße 3 zu schließen.

Im Augenblick ist nicht absehbar, wie dieses Verfahren ausgehen wird.

Sie verweist auf den Engpass bei der Kita-Platz-Versorgung und auch darauf, dass diese Kita bereits fertig eingerichtet ist und sofort betrieben werden könnte. Derzeit prüft die Verwaltung, welche Konsequenzen es hätte, die Kita selbst zu betreiben.

Frau Dr. Müller fragt, ob diese Überlegungen parallel zum Gerichtsverfahren laufen.

Frau E. Müller erklärt, dass dieses derzeit geprüft wird. Sie weist darauf hin, dass die LHP auch kein Kita-Personal hat.

Frau Eiserbeck war im Ausschreibungsverfahren beteiligt und fragt, welche finanziellen Auswirkungen damit verbunden sind.

Frau E. Müller erklärt, dass alles erst aufgelistet werden muss. Für den Betrieb der Kita durch die Landeshauptstadt ist auch ein entsprechender Beschluss der StVV erforderlich.

Herr Wernick-Otto fragt, ob es eine Mindestbetriebsdauer gibt, bis dann wieder ein neuer Träger gesucht werden kann.

Frau E. Müller erklärt, dass bei kommunaler Trägerschaft anschließend die Übergabe einer kommunalen Kita an einen Träger erfolgen muss. Hier könne das Personal dann übergeleitet werden. Eine Mindestbetriebsdauer ist erforderlich.

Herr Müller äußert sein Bedauern darüber, dass es zu dem Los-Verfahren bei der Vergabe der Kita gekommen ist. Er macht auf die große Nachfrage für den Schulplatz 1 aufmerksam. Dieser Bedarf könnte mit der David-Gilly-Straße gedeckt werden.

Herr Schweers macht darauf aufmerksam, dass der LSB Sportservice gGmbH eine Kapazitätserhöhung für den Standort Schulplatz 1 auf 200 Plätze beim Landesjugendamt beantragt hat. Dem wurde auch stattgegeben.

Jetzt soll eine Steigerung der Kapazität auf 252 Plätze erfolgen. Dies würde eine äußerst beengte Situation darstellen und auch die Hortplätze in der David-Gilly-Straße entbehrlich machen.

Er weist auch auf die täglich in das Jugendamt kommende Eltern hin, die dringend einen Kita-Platz benötigen und abgewiesen werden müssen, weil die Einrichtung in der David-Gilly-Straße nicht eröffnet werden kann.

Herr Liebe äußert seine Verärgerung über das Verhalten des Trägers LSB Sportservice gGmbH. Er wird dem neu zu wählenden Jugendhilfeausschuss vorschlagen, das Geschäftsgebaren eines Trägers auch in die Qualitätsstandards aufzunehmen.

Aktionsfest „Kita ist Bildung“

Frau E. Müller weist auf das Aktionsfest „Kita ist Bildung“ im Rahmen der Come-niuswoche am 26.03.2009 auf dem Babelsberger Weberplatz hin.

Die Elterninitiative tritt für eine qualitativ bessere Betreuung in den Kitas ein und hat in den vergangenen Monaten über 2000 Unterschriften von Potsdamern gesammelt.

Frau E. Müller macht deutlich, dass die Änderung des Betreuungsschlüssels in Kitas eine Landesaufgabe ist. Die Landeshauptstadt Potsdam wird dieses unterstützen.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 30. April 2009; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin